



Bundesregierung desinteressiert an Menschenwürde

Presseerklärung der Neuen Richtervereinigung vom 23.11.2009

Die Neue Richtervereinigung ist entsetzt über die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage zur fortgesetzten Praxis der Rückführung von Asylsuchenden nach Griechenland (BT-Drs. 16/14149).

Die Anfrage nimmt Bezug auf eine Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der die Rückführung eines Asylsuchenden nach Griechenland als innereuropäisch zuständigem Mitgliedstaat gestoppt wurde. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts sei aufgrund ernst zunehmender Quellen zu befürchten, dass das griechische Asylsystem nicht europäischen Standards entspreche (Beschluss vom 9.9.2009 - 2 BvQ 56/09 -). Nicht nur PRO ASYL und Human Rights Watch, sondern auch der UNHCR berichten, dass das Verfahren in Griechenland in vielerlei Hinsicht an erheblichen Mängeln leide und ein menschenwürdiges Asylverfahren vermissen lasse. Dennoch und obwohl mittlerweile weitere solcher Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht ergangen sind, sollen weiterhin Asylsuchende nach Griechenland zurückgeschoben werden.

Dr. Mario Cebulla, Sprecher des Bundesvorstands der Neuen Richtervereinigung: „Dass die bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts keine über den Einzelfall hinausgehenden Konsequenzen gebieten, mag formaljuristisch vertretbar sein. Wenn aber das Bundesverfassungsgericht die Verletzung elementarer Rechte in Griechenland für möglich hält und deswegen nach einer Abwägung die Rückführung unterbindet, darf sich die Bundesregierung dem nicht verschließen. Dennoch Rückführungen vorzunehmen hieße, die Menschenwürde der Asylsuchenden sehenden Auges zu gefährden.“

Dies zeugt von einer unglaublichen Respektlosigkeit. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Fachgerichte wird ignoriert. Die Rückführungen der betroffenen Menschen werden unverändert fortgesetzt. Darüber hinaus verhindert man in der Praxis effektiven Rechtsschutz, indem der Rückführungsbescheid, gegen den man sich wenden müsste, oft erst auf dem Weg zum Flughafen ausgehändigt wird.“

Ansprechpartner: Dr. Mario Cebulla
Christine Nordmann

Mitglieder des Bundesvorstandes:

Dr. Mario Cebulla, Sprecher des Vorstandes und Pressesprecher:

(LG Stralsund), Frankendamm 17, 18439 Stralsund, Tel.: 0176 / 61 222 694 oder Tel.: 03831-2050

Christine Nordmann, Sprecherin des Vorstandes: (VG Schleswig), Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837 Schleswig, Tel.: 04621-861511 (d.)

Jens Heise (SG Berlin), Invalidenstr. 52, 10557 Berlin, Tel.: 030/90165-127 (d.)

Ingrid Meinecke (VG Potsdam), Friedrich-Ebert-Str. 32, 14469 Potsdam, Tel.: 0331/2332-308 (d.)

Thomas Schulte-Kellinghaus (OLG Karlsruhe, Außenstelle Freiburg) Salzstr. 28, 79098 Freiburg Tel.: 0761/205-3003(d)

Dr. Sabine Stuth, (SG Bremen), Am Wall 198, 28195 Bremen, Tel.: 0421/361-4457 (d.)

Doris Walter (AG Marburg), Universitätsstraße 48, 35037 Marburg Tel. 06421/290 389 (d.)

Bundesbüro:

Martina Reefing

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Tel.: 030/420223-49

Fax: -50

sekretariat@nrv-net.de

Umweltbank Nürnberg

BLZ 760 350 00

Konto.-Nr. 599 000

www.nrv-net.de